

# Entscheidungen wegen falscher Prognose überprüfen

## FDP-Stadtrat Rolf Pilarski fordert, Abgabenerhöhungen im Haushaltsplan nochmals zu überdenken

Von Florian Krekel

**Baden-Baden** – Mit einem satten Minus von 6,2 Millionen für den städtischen Haushalt rechnete die Stadtverwaltung anno 2015 allein für das Jahr 2016. Und für das Jahr 2017 waren sogar neun Millionen Miese prognostiziert worden. Angesichts dieses Schreckensgespensts traf der Gemeinderat seinerzeit eine ganze Liste von Entscheidungen, die Mehreinnahmen oder Einsparungen generieren sollten. FDP-Stadtrat Rolf Pilarski fordert nun, einige dieser Beschlüsse nochmals zu überdenken.

Denn es kam bekanntlich alles anders, als im Jahr 2015 vorhergesagt. Die Steuereinnahmen sprudelten, allein 2016 gab es ein Plus von zehn

Millionen Euro (wir berichteten). Pilarski stellte deshalb am späten Montagabend im Gemeinderat eine Anfrage, in der er die Verwaltung aufforderte, die aufgrund der falschen Prognosen getroffenen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung, die mit einer Erhöhung von Abgaben verbunden waren, allesamt aufzulisten. Schließlich habe man sie alle unter dem falschen Eindruck eines drohenden Haushaltslochs getroffen. „Ich hätte zum Beispiel weder für die Erhöhung der Gewerbesteuer noch für die Anhebung der Kurtaxe gestimmt, wenn ich andere Prognosen gehabt hätte“, untermauerte Pilarski seine Worte.

Doch es sei ihm bei seinem Antrag nicht darum gegangen,

die Verwaltung zu kritisieren, auch wenn das allen voran von der Oberbürgermeisterin so aufgefasst wurde. Vielmehr wolle er erreichen, dass bei künftigen Haushaltsgesprächen einige Entscheidungen von damals noch mal auf den Tisch kämen und eventuell wieder rückgängig gemacht würden, betonte er gegenüber dem BT.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen sah in Pilarskis Anfrage eher einen parteipolitischen Winkelzug und warf dem FDP-Mann vor, mit seiner Aufforderung die Basis dafür schaffen zu wollen, künftige Erhöhungen mit dem Argument, die Prognosen seien wohlmöglich falsch, ablehnen zu wollen. „Meinen sie etwa, mir, die ständig mit unseren

Unternehmen zu tun hat, macht es Spaß, die Gewerbesteuer zu erhöhen?“, sagte sie in energischem Ton an Pilarski gewandt und fügte an: „Wir legen unsere Zahlen nach bestem Wissen und Gewissen vor.“

Darüber hinaus stieß sich die Rathauschefin an einer von Pilarski gesetzten Frist, der die besagte Auflistung bis Ende August zu haben wünschte. So einen Antrag könne sie nicht akzeptieren und weise ihn zurück. Diese Zurückweisung wiederum missfiel nicht nur Pilarski, sondern auch Ratskollege Kurt Hochstuhl (SPD): „So schnell sollten die Preußen nicht schießen“, riet er Mergen und plädierte dafür, den Fraktionen zumindest Gelegenheit zu geben, über die Anfrage zu

beraten. Und auch Beate Böhlen (Grüne) attestierte Pilarskis Antrag zumindest einen „gewissen Charme“, unterstrich aber zugleich, dass die hohen Differenzen zwischen Ist-Situation und Prognose auch durch die nicht korrekten Steuerschätzungen verursacht würden.

### Hintergrund

Pilarski reichte seine Anfrage mit dem Hinweis, dass eine solche laut Gemeindeordnung eigentlich sogar innerhalb von vier Wochen zu beantworten sei, noch im Verlauf der Sitzung schriftlich bei Mergen ein. Das dem BT vorliegende Papier enthält zudem die Aufforderung, einen Bericht zu er-

stellen, aus dem hervorgehe, inwieweit Prognose und Ist-Ergebnis der städtischen Haushalte in den drei Jahren vor 2016 auseinanderklafften. Mergen willigte ein, Pilarskis Antrag im Ältestenrat, der gestern Morgen tagte, zu behandeln.

Anno 2015 hatte der Gemeinderat auf Basis der Prognosen neben einer Erhöhung von Gewerbesteuer und Kurtaxe unter anderem beschlossen, die Verfügungsmittel für die Fraktionen und die Ortsverwaltungen zu kürzen. Zudem wurden einige Gebühren (zum Beispiel für Werbeträger und Brückenbanner, aber auch für die Städtische Musikschule) angehoben sowie beispielsweise der Etat des Stadtmuseums gekürzt.